

Schweiz/UNO-MigrantInnenkonvention/ Resolution

Resolution zur UNO-Konvention von der schweizerischen Koalition „MigrantInnenrechte/Menschenrechte“ angenommen.

Bern(SDA) Zum Anlass des internationalen Tages der MigrantInnen wurde am Donnerstag 18. Dez. 2003 in Bern eine Resolution zur Förderung der UNO-Konvention zum Schutz der Rechte der WanderarbeiterInnen und ihrer Familienangehörigen angenommen.. Die Schweiz will diese Konvention im Moment nicht unterschreiben.

VertreterInnen der Gewerkschaften, der Kirchen und verschiedener Nichtregierungsorganisationen haben eine schweizerische Koalition zur Förderung der UNO-Konvention gegründet, welche am 1. Juli 2003 in Kraft getreten ist. Ein Resolution in diesem Sinne wurde angenommen und dem eidgenössischem Justiz- und Polizeidepartement und dem Departement für auswärtige Angelegenheiten übergeben.

„Die Konvention wurde von 23 Staaten ratifiziert, aber nicht von der Schweiz“ machte Bruno Clement, Regionalsekretär der Gewerkschaft Comedia und Wortführer der neu gegründeten Koalition, dem SDA klar. „Das Problem ist, dass die Sans Papiers in dieser Konvention eingeschlossen sind, und da drückt der Schuh. Auch das Zweikreise-Modell, wie es in der Schweiz in der Migrationspolitik hantiert wird, bildet ein Hindernis“.

Weit umfassendere Rechte

Der Nationalrat P. Rechsteiner hat im letzten Juni den Bundesrat gebeten, die Konvention zu studieren und eine Ratifikation zu prüfen. Die Regierung hatte ihn im September darauf geantwortet, dass es im Moment unmöglich ist diesen Vertrag zu signieren, weil er den MigrantInnen weniger Rechte zugesteht als die Menschenrechte verlangen.

MigrantInnen könnten darauf bestehen unter den gleichen Arbeitsbedingungen zu arbeiten, wie diese für einheimische ArbeitnehmerInnen vorgesehen sind. Der Bundesrat hat zusätzlich betont, dass die Signatarstaaten der Konvention fast ausschliesslich Herkunftsländer von MigrantInnen sind. Dabei ist auch Mexiko als OECD-Mitglied. Der Bundesrat will die Position der EU abwarten, bevor er sich den Signatarstaaten anschliesst.

Xenophobie des Staates

„ Wir stellen uns auf langfristige Arbeit ein, wenn nicht auf eine Wüstewanderung“ hat Bruno Clement gemeint. „ Wir gehen davon aus, dass der neue Vorsteher des EJPD die praktizierte Xenophobie des Staates fortsetzen wird“.

Die Konferenz der europäischen Kirchen (KEK) hat am Donnerstag in dieser Hinsicht in Erinnerung gerufen, dass weltweit mit 175 Millionen MigrantInnen gerechnet wird; davon 10,5 Millionen Flüchtlinge. Sie lädt die europäischen Regierungen ein, diesen Tag der Migration mit der Ratifizierung der Konvention zu würdigen . Die Konvention wurde am 18. Dezember 1990 von den Vereinten Nationen angenommen.